

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und Abbestellungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich, drei Monate 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zusendungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachadresse Dresden Nr. 18500, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 10-13 Uhr, Sonnabend 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonparelletze oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeigen anschließend an den dreifachen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Unregelmäßige Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 8. April 1929

Nummer 81

## 45-Millionen-Abstrich allein von der Erwerbslosenfürsorge

Aber die zweite Panzerkreuzerrate bleibt! / Der schamlose Sozialabbau Silberdings beschlossen!

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Reichskabinett hielt am Sonntagvormittag eine Beratung ab. Die 4 sozialdemokratischen Minister Silberding, Seering und Wille haben unter dem Vorsitz Hermann Müllers mit ihren bürgerlichen Koalitionspartnern die Staatsverträge, wie sie in der letzten Sessio des Reichstages, des Zentrums, der Deutschen Nationalen und der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten festgelegt wurden, angenommen. Amlich wird mitgeteilt, daß das Reichskabinett nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gegenpolitischen Notwendigkeiten, insbesondere die rasche Erledigung des Etats, beschlossen habe, unter Zurückhaltung seiner Bedenken auf den Boden dieser Vorläufe zu treten! Damit hat die sozialdemokratische Koalitionsregierung vor dem Sticht der Volkspartei kapituliert. Der Finanzreferent der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Cremer, teilte im Auftrag der württembergischen Landesregierung der Deutschen Volkspartei in Stuttgart mit, daß der größte Teil des Finanzplans der Deutschen Volkspartei: Staatliche in Höhe von 200 Millionen Mark, nicht nur anerkannt, sondern sogar überfrachtet worden sei, und der Führer der Reichsarbeitsministerpartei, Scholl, stellte getreu auf dem östpreussischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Königsberg fest: „Bei den Verhandlungen wegen der bekantesten leistungsfähigen Forderungen der Deutschen Volkspartei zur Reform der Finanzwirtschaft haben auch die anderen Parteien, auch die Sozialdemokraten, grundsätzlich anerkannt, daß die Forderung der Sparlosigkeit mit allen Möglichkeiten durchzuführen werden müsse.“ Der Vorwärts vom Sonntag behauptet die Arbeiter auf neue und bekräftigt, daß 45 Millionen im Sozialetat gespart werden sollen. Demgegenüber berichtet die bürgerliche Presse übereinstimmend, daß allein 45 Millionen Mark im Etat des Reichsarbeitsministeriums für produktive Erwerbslosenfürsorge getrieben werden sollen. Wie die angeblichen Abstriche für die Reichswehr und Marine zu bemessen sind, geht daraus hervor, daß nicht einmal die zweite Rate für den Panzerkreuzer getrieben wurde. Die bürgerlichen Parteien werden der Sozialdemokratie wieder ein Mandat erlauben. Die bürgerlichen Parteien werden sich damit begnügen, daß die sozialdemokratischen Minister im Kabinett für die zweite Panzerkreuzerrate gestimmt haben. Es soll der SPD-Fraktion aber nicht zugemutet werden, für die zweite Rate zu stimmen, sondern die SPD soll nur darauf verzichten, einen Initiativentwurf auf Streichung der zweiten Panzerkreuzerrate einzubringen.

Nachdem die Schwerindustrie ihr Programm durchgebrocht hat, wird heute Hermann Müller die Führer der Parteien zu Besprechungen über die Bildung der Großen Koalition einladen. Die bürgerliche Presse stellt fest, daß die Hauptschwierigkeiten nach der Annahme des Staatskompromisses beseitigt sind.

Mit dem Beschluß des Reichskabinetts ist die nötige Kapitulation der Sozialdemokraten vor den Forderungen der Volkspartei vollzogen. Schmöller konnte kaum der Versuch an den eigenen Wahlergebnissen dokumentiert werden als durch die Zustimmung zu dem angeblichen „Kompromiß“ der Finanzwirtschaftlichen der Koalitionsparteien. Daß es kein Kompromiß, sondern eine völlige Unterwerfung darstellt, beweist die Furcht des Vorwärts vor der Veröffentlichung der Einzelheiten. Während die bürgerliche Presse bereits informiert ist, wagt das sozialdemokratische Zentralorgan nicht einmal zu den letzten Verhandlungen selbstverständlich bekanteten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Wörtlich schreibt der Vorwärts:

„Da bisher über die Einzelheiten der Sparpläne und der Deckungsvorschläge von den beteiligten Unterhändlern so wenig Stellungnahmen gemacht sind, ist es schwer, sich ein zutreffendes Urteil über das Kompromiß zu bilden. Wie haben jedoch die Verhandlungen dazu geführt, daß die Einzelheiten der Verhandlungsvorschläge nicht vorzeitig bekanntgegeben werden und glauben, daß es erträglich ist, noch zwei bis drei Tage mit dem eigenen Urteil zurückzuhalten... Wir sind aber auch geneigt, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der Entscheidung über das Gesamtprogramm neben den sozialpolitischen Erwägungen — Erhaltung und Ausbau der sozialen Fürsorge, die gegenpolitischen Wirkungen nicht außer acht lassen wird, die durch eine Konsolidierung der Reichsregierung auf dem Boden der Großen Koalition erzielt werden können.“

Der letzte Satz ist jedoch die Vorbereitung der Wählerchaft auf die bereits vollzogene Kapitulation, die nur verbüllt wird durch die treue Heuchelei von der „Erhaltung und dem Ausbau der sozialen Fürsorge“ als „programmatische Erwägung“. Doch aber — und das ist für die schändliche Bevölkerung, die am 12. Mai zur Wahl gehen soll, entscheidend — auch die schändlichen „linken“ Sozialdemokraten nicht einmal mehr Opposition gegen die Verhöhnung der sozialdemokratischen Wählermassen zu wagen, beweist nicht nur die Haltung der Dresdner Volkszeitung, die kommentarlos die Meldung des SPD-Vorwärts unter der Überschrift „Verhandlung über den Etat“ veröffentlicht, sondern vor allem

die Stellungnahme der Leipziger Volkszeitung. Dieses ist meist ganz infantil gebärdende sozialdemokratische Organ ist bereits vollkommen auf „praktische Politik“ auf dem Boden

der gegebenen Tatsachen“ eingestellt. Es bereitet jetzt ideologisch den Kurs auf die Koalition in Sachen vor. Die schamlose Beschleie des Sachverständigenausschusses nennt die VB einen Ausgleich und versucht so, den Sozialabbau ihren Lesern schmackhaft zu machen. Wörtlich schreibt sie:

„So sind die Entscheidungen der Sachverständigen ein ein Kompromiß, das bestenfalls noch als Ausgleich dienen kann, womit freilich eine Verringerung des bisher geltenden Kurzes nicht gut behauptet werden kann. Dies um so weniger, solange die Streichungsvorschläge im einzelnen noch nicht zu übersehen sind.“

Hier zeilen darunter aber gibt sie selbst bekannt, daß eine Einziehung der zweiten Panzerkreuzerrate nicht erfolgt, und damit ist sie im Prinzip einverstanden, denn der Artikel schließt mit folgender Erklärung für die Große Koalition:

„Mit der Bildung eines Kabinetts der Großen Koalition wird ein interfraktioneller Ausschuss geschaffen werden, durch den die Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie, freilich auch der anderen Parteien, weitestgehend behindert wird.“

Das Organ Diebemanns verheißt also wider besseres Wissen, der Öffentlichkeit einzureden, dieses angebliche „Kompromiß“ behindere „auch die anderen Parteien“, nicht nur die Sozialdemokratie. Die VB will damit sagen, daß die Regelung deswegen eine „günstige“ sei. Die schändlichen Arbeiter denken jedoch nicht daran, dieses Mandat zur Sanktionierung des treuen Verrats an den Wählern als „kleineres Übel“ hinzunehmen, denn der Abstrich von 45 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge sagt mehr als genug. Um so widerlicher muß auf die breiten Massen die Heuchelei der schändlichen Sozialdemokraten wirken, die in einem Flugblatt, das gestern in Massen in Dresden verteilt wurde, als Angriffspunkt gegen die Bestrengung erklärten:

„Sparlosigkeit auf Kosten der Heerden der Armen, aber Hunderte von Millionen Steuerpolster an die Reichen!“

Bei dem Ergebnis der KPD-Koalitionspolitik in Sachen. Und die dann aufzubreit, deshalb als „Kampfanlage“ gegen eine solche Politik die Hilfe der Sozialdemokratischen Partei zu wählen. Frecher und verlogener kann man einen Wahlkampf nicht beginnen, denn das Kennzeichen der Politik der Hermann-Müller-Regierung ist daselbst und

wird das Kennzeichen jeder sozialdemokratischen Regierungspolitik sein.

Mit der Verschleierung dieser Tatsache vor den werktätigen Massen, mit der Unterstützung des schamlosen Verrats durch die Regierungsabmachungen der SPD im Reich zeigen die schändlichen Sozialdemokraten deutlicher denn je ihre vollkommene Hebereiherstellung mit der offenen Verräterpolitik der Hermann Müller, Seering und Silberding.

Immer klarer und eindeutiger treten auch die „linken“ sozialdemokratischen Führer den Arbeitermassen als Agenten der Trutzbourgeoisie, deren Programm ihre Reichsminister akzeptieren, entgegen und beweisen damit die Richtigkeit der unerschütterlichen Haltung der Kommunistischen Partei gegenüber den zentralistischen Führern der schändlichen Sozialdemokratie.

Die Kommunistische Partei

betrachtet es als eine der Hauptaufgaben in diesem Wahlkampf, den schändlichen werktätigen Massen diese schamhafte Rolle der Edel, Diebmann, Graube aufzuzeigen und sie so von gefährlichen Illusionen zu befreien. Die Kommunistische Partei wird nicht nur in diesem Wahlkampf beweisen, daß sie die einzige Vertreterin der Interessen der werktätigen Massen gegenüber den Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse und ihrer sozialdemokratischen Agenten ist, sondern wird darüber hinaus die Massen mobilisieren zum außerparlamentarischen Kampf gegen jede arbeitserfindliche Koalitionspolitik und gegen den sozialfaschistischen Reformismus, der mit Gummirollen und Hungerprellkäse die wankende Kapitalistenklasse zu halten versucht.

Die Stimmen der Klassenbewußten Arbeiter, die Stimmen der ausgepörrten werktätigen Massen müssen deshalb am 12. Mai der Liste 5 der Kommunistischen Partei gegeben werden.

Gleichzeitig aber lagen wir Kommunisten den Wählern, daß mit der Stimmenabgabe und mit einem Wahlsieg der Kommunisten allein ihre Interessenvertretung, die Erfüllung ihres Rechtes auf menschenwürdige Existenz nicht gesichert ist, sondern daß dies nur erreicht werden kann durch außerparlamentarischen Massenkampf unter Führung der Kommunistischen Partei.

## An die Parteimitglieder des Bezirkes Ostschlesien!

Parteiorganen!

Am 6. und 7. April tagte der 18. Bezirksparteitag. Er zog die Bilanz der innerparteilichen Auseinandersetzungen mit den rechten Liquidatoren und ihren verheerenden Trabanten. Der Bezirk wuchs in diesem Kampf zu einem der in der vordersten Reihe der KPD marschierenden Bezirke heran. Die Parteigenossen steigerten ihre Aktivität, und die Liquidatoren wurden durch die praktische Anwendung der Kominternbeschlüsse in den Betrieben geschlagen.

Die bei den Betriebsrätewahlen erzielten Erfolge sind Belege für die Richtigkeit der Linie der Partei.

Gegen imperialistische Kriegserregungen, zur Verteidigung der Sowjetunion (hieß der Bezirksparteitag die Reihen der Avantgarde des Proletariats fester zusammen. Zu entscheidenden Schritten gegen die „linke“ SPD, die Trägerin des unterhüllten Sozialimperialismus wurden die Raber der Parteiarbeiter gemultert und ausgerichtet.

Genossen! Vor uns liegt ein reiches Arbeitsfeld. Es gilt, die Betriebsrätebewegung auszubauen, um mit ihr Fortwerts gegen den Reformismus, für revolutionäre Führung der Wirtschaftskämpfe zu errichten.

Entschiedenem Auftreten gegen den Reformismus in den nächsten Wochen wird breite Massen der schändlichen Arbeiterchaft zur Beteiligung an unseren Massendemonstrationen bewegen.

Mehr als je gilt für diesen 1. Mai das Sloganswort: Kampfmarsch!

Kampfmarsch gegen den Faschismus und seine sozialdemokratischen Bannerträger!

Kampfmarsch gegen das drohende Parteiverbot!

Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und gegen den Spaltungsversuch der Reformisten in den Arbeitermassenorganisations!

Die Parteitagwahl steht bevor!

Ohne den Massen treuerliche Hoffnungen zu machen, ohne in ihren gefährlichen Illusionen über den Charakter und die Ausgangsmöglichkeiten der bürgerlichen Demokratie für die Kr-

beiterchaft zu wecken, muß die Partei gerade in dieser Situation die Wahlkampagne mit größter Klarheit führen, zur Gewinnung der werktätigen Massen.

Für den revolutionären Klassenkampf!

Für die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat!

Für das Bestreben zur proletarischen Diktatur!

Darauf gilt es jetzt die Arbeit zu konzentrieren. Gleichzeitig muß die Wahlkampagne zur organisatorischen Stärkung des Einflusses der Partei ausgenutzt werden.

Werbung von neuen Parteimitgliedern, Gewinnung von neuen Kämpfern für die Arbeiterstimme, emliche Sammlung zur Stärkung des Massenkampfes der einzigen Partei des proletarischen Klassenkampfes, der KPD!

muß der Auftakt zur Erreichung eines einflussreichen

Wahlerfolges der Liste 5, der Kommunistischen Partei.

sein. Der in Dresden vom 4. bis 10. Mai stattfindende Reichsparteitag mit seinen großen Anforderungen, vor allem die große rote Sachsendemonstration am 9. Mai, zu der Arbeiter aus allen schändlichen Bezirken nach Dresden kommen, muß zu einem Höhepunkt des Wahlkampfes gestaltet werden.

Der Bezirksparteitag gibt die Lösung aus:

Arbeit unter den Massen, Eroberung der Führung der Massen!

Für jeden Parteigenossen ist diese Lösung verpflichtend. Wir haben den Liquidatoren nicht gestattet, die Partei zu zerlegen. Wir werden täglich neu die eigene geschlossene Partei in den Kampf führen.

Eine entscheidende Etappe ist erreicht!

Vormärts auf dem Wege zum Sieg über den Reformismus!

Mars für die Partei, Mars für die proletarische Revolution!

Die Delegierten des Bezirksparteitages der KPD Ostschlesien.

ng  
mit  
15  
17  
23  
28  
39

1250  
1450  
1950  
1250  
1650  
1950  
95

lager  
gaster Ufer 25

ng!  
billig  
Bel  
ergasse 19  
35  
80  
24  
10  
25  
18  
68  
59  
18  
39  
mer 290  
immer  
ergasse 19  
straße 12